

WELTSOZIALFORUM

Die andere Globalisierung



Bereits 2003 in Hochform: Hugo Chávez während des WSF in Porto Alegre.  
(Fotos: [www.simone.bruno.name](http://www.simone.bruno.name))

Nach Porto Alegre und Mumbai findet das Weltsozialforum dieses Jahr in Caracas statt. Die Debatte über eine stärkere Strukturierung der globalisierungskritischen Bewegung geht weiter.

Es scheint, als habe sich der Wettergott gegen die globalisierungskritische Bewegung verschworen. Nach starken Regenfällen ist Anfang Januar das Viadukt zusammengebrochen, das den internationalen Flughafen Maiquetía mit Caracas verbindet. Bis zu sechs Stunden könnte nun die Anfahrt in die venezolanische Hauptstadt dauern, meinen Einheimische. Doch Jacobo Torres, einer der Koordinatoren des 6. Weltsozialforums (WSF), beruhigt die Gemüter. Man werde einen Fahrdienst ins Stadtzentrum organisieren. "Wir kämpfen gegen jeden Versuch der Taxifahrer, die Preise spekulativ in die Höhe zu treiben", erklärt Torres.

Nicht nur am Flughafen laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Auf den wenigen Freiflächen der Metropole werden zehn große Zelte aufgebaut, im Hilton-Hotel die Presserräume eingerichtet und im Los-Caobos-Park alle Maßnahmen ergriffen, um die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Jugendcamps "Weltstadt" unterzubringen. Für die venezolanische Regierung ist das WSF zum Kraftakt geworden. Schließlich wollen sich über 100.000 Menschen aus ganz Lateinamerika an den etwa 2.000 Veranstaltungen,

Diskussionsforen und Workshops beteiligen.

Auf dem Programm steht alles, was in der globalisierungskritischen Szene von Bedeutung ist: Strategien gegen Neoliberalismus und Krieg, Schutz der natürlichen Ressourcen, Migration, soziale Emanzipation, indigene Identität, freie Kommunikation. Das war auch auf den fünf vorhergehenden Treffen so. Doch die WSF-Organisatoren haben jetzt neue Schritte beschlossen. Wurde das Forum bislang immer an einem Ort ausgerichtet, so findet es dieses Jahr auf drei Kontinenten statt: in Mali, Pakistan und Venezuela. So soll eine gleichberechtigte Beteiligung aus allen Weltregionen gewährleistet werden.

Bereits in dieser Woche treffen sich Vertreter von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Bauernverbänden in Bamako, der Hauptstadt Malis. Das Treffen gilt als Probelauf. Denn im kommenden Jahr soll im kenianischen Nairobi ein zentrales WSF stattfinden. "Das ist eine enorme Herausforderung, aber zugleich eine Chance für einen Schritt voran," meint Antonio Martins von der Gründungsgruppe des Sozialforums. Die materiellen, politischen und sozialen Bedingungen seien unvergleich-

bar schwieriger als etwa in Lateinamerika. Das für diese Woche im pakistanischen Karachi geplante Treffen wurde wegen der Folgen des Erdbebens im Norden des Landes um zwei Monate verschoben.

Dass das lateinamerikanische Polit-Happening in Venezuela stattfindet, ist kein Zufall. Präsident Hugo Chávez hat sich als Kopf der Bolivarianischen Revolution einen guten Namen gemacht. Seine Unterstützung von Gesundheits- und Bildungsprojekten, Stadtteil-Initiativen oder Basis-Medienprojekten kommen in der Linken an, und auch seine permanente Polemik gegen die US-amerikanische Regierung stößt auf offene Ohren. Schon seit Jahren sucht der Linkspopulist Kontakt zum WSF. Er besuchte mehrere der Treffen im brasilianischen Porto Alegre, wurde dort aber auf Veranstaltungsräume außerhalb des WSF verwiesen. Schließlich wollte man bisher keine Regierungspolitiker auf dem Sozialforum haben. Das wird in diesem Jahr anders sein. Für den 25. Januar steht eine Veranstaltung auf dem Plan, an der neben der brasilianischen Landlosenbewegung MST und Bauernorganisationen auch Chávez sprechen wird.

Einflussreiche Kräfte innerhalb des WSF-Spektrum sehen darin heute kein Problem mehr. Im Gegenteil. Venezuela sei das einzige Land Lateinamerikas, "wo es große Fortschritte auf sozialem Gebiet gibt," meint der brasilianische Soziologe Emir Sader. Die Übereinstimmung der Bewegung mit dem Regierungschef werde mit dem Forum in Caracas wachsen, meint Sader und gibt gleich die Richtung vor: "Nicht Chávez, sondern das Weltsozialforum hat das Problem, seine Alternative zu formulieren."

Tatsächlich hat sich im Laufe der letzten Jahre angesichts des diffusen Sammelsuriums an Meinungen, Organisationen und Veranstaltungen Skepsis breit gemacht. Es bestehe die Gefahr, dass das Forum "zur folkloristischen Veranstaltung verkommt, zu einer internationalen Messe der Bürgerinitiativen, einem Weltsalon der Zivilgesellschaft," schreibt Ignacio Ramonet, Herausgeber des Monde Diplomatique. In den ersten Jahren habe man klar gestellt, dass das angekündigte "Ende der Geschichte" nicht erreicht sei, ergänzt WSF-Mitgründer Martins. "In der zweiten Phase zeigten wir Möglichkeiten des Widerstands und allgemeiner Alternativen auf." Nun sei es notwendig, "konkrete Alternativen anzuschieben, die um Machträume kämpfen und vielen Leuten bestätigen, dass es möglich ist, sich anders zu organisieren."

In welchem Verhältnis steht diese "andere" Art, sich zu organisieren, zur realen Regierungsmacht? Kann es eine emanzipative Politik "von oben" überhaupt geben? Diese

Fragen werden in Caracas im Vordergrund stehen. Nicht nur, weil das Sozialforum im Land der Bolivarianischen Revolution stattfindet. Gewerkschaftliche, bäuerliche oder indigene Bewegungen haben in Lateinamerika zunehmend an Stärke gewonnen. Deshalb konnten sich in vielen Staaten linke oder gemäßigt linke Regierungen etablieren. So zuletzt die Bewegung zum Sozialismus MAS von Evo Morales. Der Kokabauernführer hat im Dezember mit deutlicher Mehrheit die bolivianischen Präsidentschaftswahlen gewonnen. Als Indígena und Gegner der US-Freihandelspläne ist Morales derzeit neben Chávez der größte Hoffnungsträger der Latino-Linken.

Emanzipation von oben?

Dennoch hält sich der Optimismus in Grenzen. Die Erfahrungen mit dem ehemaligen Gewerkschafter und derzeitigen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio "Lula" da Silva haben der Hoffnung auf den parlamentarischen Weg einen tüchtigen Dämpfer verpasst. Auch "Lula" hat sich in Caracas angekündigt. Doch während der Staatschef in Porto Alegre 2003 noch als enger Verbündeter gefeiert wurde, steckt er heute samt seiner Arbeiterpartei (PT) wegen eines Korruptionsskandals in einer tiefen Krise. PT-nahe Organisationen wie die Landlosenbewe-

gung MST werfen ihm zudem vor, dass er die liberale Wirtschaftspolitik seines Vorgängers fortgesetzt und kaum Erfolge bei der versprochenen Landreform vorzuweisen habe. "Die Lula-Regierung ist bereits am Ende," stellte MST-Führer Pedro Stedile im vergangenen Herbst frustriert fest. Dennoch setzen die Landlosen auf eine kritisch-solidarische Begleitung der Politik des Staatschefs.

Anders die Zapatisten, die dieses Jahr zum ersten Mal auf dem WSF erwartet werden. Die indigenen Rebellen aus dem süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas haben der gemäßigt linken PRD eine eindeutige Absage erteilt. "Wir stellen uns gegen die gesamte politische Klasse," stellte der Zapatistensprecher Subcomandante Marcos klar. Ähnlich sehen es auch die meist anarchistischen Veranstalter eines Alternativen Sozialforums, das zeitgleich zum WSF in Caracas stattfindet. Nach den Erfahrungen mit anderen linken Großveranstaltungen in Venezuela kommen sie zu dem Schluss, dass die Voraussetzungen für ein "pluralistisches, unabhängiges, offenes, selbstbestimmtes und unbeeinflusstes Treffen" nicht gegeben seien. Die Befürchtung ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Jedenfalls wählten die mexikanischen Globalisierungskritiker als Ort für ihre Vorbereitungstreffen gleich die venezolanische Botschaft.

Wolf-Dieter Vogel

Caracas

176 Medienmogule

Wem gehört die woxx? Das 2004 verabschiedete Pressegesetz sieht einmal im Jahr die Offenlegung der Besitzrechte am Zeitungstitel, sowie die Bekanntgabe der Personen vor, welche für die Verwaltung und Leitung des Zeitungsbetriebes verantwortlich sind. Formaljuristisch sei dem hiermit Rechnung getragen: Die "woxx" gehört zu hundert Prozent der aus 176 gleichberechtigten Einzelmitgliedern bestehenden Genossenschaft "woxx". Deren Verwaltungsrat setzt sich aus Chantal Serres (Präsidentin), Christiane Wagener (Vize-Präsidentin), Jean-Michel Muller (Kassenwart), Corinne Saghuber (Sekretärin), Renée Wagener, Robert Garcia, Richard Graf und Raymond Klein zusammen. Mit der täglichen Geschäftsführung ist Richard Graf betraut. Aber eigentlich ist das nur die halbe Wahrheit: Inhalt und Ausrichtung der Zeitung werden in Selbstverwaltung vom Redaktionskollektiv bestimmt. Dessen Zusammensetzung finden interessierte LeserInnen im Impressum - und zwar jede Woche. Die Offenlegung anderer Abhängigkeiten wie der Existenz etwaiger roter Telefone zu Herrscherhäusern oder sonstigen Machtzentren in Luxusburg sieht das Gesetz zwar nicht vor, doch wir sagen es trotzdem: 20 Prozent der Belegschaft sind stark tabakabhängig und deshalb von der Berichterstattung über Gesundheitspolitik, Autorennen und Pressebälle ausgeschlossen.